

Geschäftsstelle und Redaktion: Dresden, N. 16, Goldschmidtstraße 46

Verlagspreis 21 Mark, Postkontokonto Leipzig Nr. 14 797

Sächsische Volkszeitung

Wegweiser: Hierzulande in der Geschäftsstelle oder von der Post abgeholt Ausgabe A mit Illustr. Beilage 4.50 M., Ausgabe B 4.20 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus Ausgabe A 4.05 M., Ausgabe B 3.65 M. — Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachm. — Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorm.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. — Preis für die Zeitungsanzeigen 60 J., im Restemittel 1.50 M. Familien-Anzeigen 10 J. — Für unbedeutlich geführte, sowie durch Geschäftsänderung aufgekündigte Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen.

Atempause

Die Nationalversammlung ist in die Weihnachtsferien gegangen und auch die Sächsische Volkammer hat die Debatte über die Schulfrage abgebrochen, um sie am 8. Januar wieder aufzunehmen. Vielleicht haben es sich bis dahin die sächsischen Rechtsparteien überlegt, was sie denn nun in der Schulfrage eigentlich für eine Stellung einnehmen wollen. Ihre Stellungnahme bei der Interpellation vor einer Woche war nicht gehalten und nicht gestochen und ließ jede klare Linie vermissen. Mit einer schwankenden Haltung in dieser Frage wird aber nicht nur nichts erreicht, sondern lediglich die Situation verschlimmert. Viel erhoffen wir nach der Wandlung des Herrn Oberkonsistorialrats Kölsch allerdings nicht mehr und man wird es uns nicht verübeln, wenn wir hier recht skeptisch geworden sind. Die „Kreuzzeitung“ beschäftigt sich in ihrer letzten Sonntagsnummer mit den sächsischen Verhältnissen, sollt der Arbeit der sächsischen Katholiken hohe Anerkennung und muß bekennen, daß das Zentrum es ist, das durch die Tat für die konfessionelle Schule eintritt. Das Blatt hat dann die Liebeshierarchie, einen kleinen Anbiederungsversuch zu machen. Es gibt bekannt, daß es gegen ein Zusammengehen mit dem Zentrum in kulturellen Fragen an sich nichts einzuwenden habe. Das freut uns sehr, aber wir gestatten uns unsererseits zu fragen, wo denn die Freunde der „Kreuzzeitung“ im entscheidenden Moment in der Nationalversammlung gewesen sind und warum sie denn trotzdem gegen das Schulkompromiß gestimmt haben. Aber abgesehen davon, ist auch sonst die Bereitwilligkeit der „Kreuzzeitung“ eine sehr problematische. Denn dieses Blatt, das früher das führende der preussischen Konservativen war, hat seine Führerrolle in der deutschnationalen Presse seit der Revolution an die rechtsradikale „Deutsche Zeitung“ abgegeben müssen. Jedoch auch die „Kreuzzeitung“ selbst macht ihr freundliches Angebot von einer Bedingung abhängig. Sie bringt nämlich sehr deutlich zum Ausdruck, daß ein solches Zusammengehen nur möglich sei, wenn das Zentrum sich von Erzberger trennen, wenn es diesen fallra lassen würde. Das Zentrum — und mag sich schließlich der einzelne zu Erzberger stellen, wie er will — müßte, wenn im Ernste eine solche Forderung gestellt würde, diese natürlich mit aller Deutlichkeit zurückweisen, denn eine solche Forderung würde eine Annäherung sondergleichen bedeuten. Wer in der Zentrumsparlei sitzt und bleiben kann, darüber hat einzig und allein unsere Partei selbst zu entscheiden und weder die „Kreuzzeitung“ noch die deutschnationale Partei hat darüber zu befinden. Wir würden ja sonst hübsche Zustände im Parteileben bekommen und die „Kreuzzeitung“ darf überzeugt sein, daß es an Gegenforderungen sicher nicht mangeln würde. Aber daß ein Blatt wie das genannte es überhaupt riskiert, etwas derartiges durchsagen zu lassen, ist bezeichnend für die heute bei den Konservativen herrschende Wut. Man macht also eine Stellung zu einer derartigen Prinzipienfrage von dem Weiben oder Geben einer Person in einer anderen Partei abhängig! Wahrhaftig, wir haben es hier mit dem Gipfel konservativer Bescheidenheit zu tun!

Wer unsere Zeitung kennt und sie genau verfolgt, weiß, daß wir nicht in den Verdacht kommen, der Sozialdemokratie irgendwie freundlich gesinnt zu sein. Aber wir müssen feststellen, daß heute auch in der konservativen-Deutschnationalen Partei Sitten eingerissen sind, die dem Kampfstern der Linken in nichts mehr nachgeben. Das ist besonders auch in Sachsen der Fall, wo die deutschnationale Partei vollständig in das Fahrwasser des Herrn Wulle von der „Deutschen Zeitung“ gelangt ist, der bekanntlich am 26. November in einer Verammlung den Kampf auf der Straße proklamiert hat. Nun hat neulich Herr Eugen Berg von dieser Partei in der Nationalversammlung dem Minister Erzberger keinen geringeren Vorwurf als den gemacht, daß er sagte: Wenn Erzberger durch seine Steuerpolitik das deutsche Volk schon an die Kette internationaler Wirtschaftsklaverei legen wollte, dann möge er doch den Betrud

lieber gleich in das Ruhrgebiet einmarschieren lassen. Diefem Sage folgte natürlich ein ungeheurer Entrüstungssturm in der Nationalversammlung und auch darüber hinaus hat dieses Gebahren selbst bei einsichtigen Konservativen, wie wir wissen, außerordentlich unangenehm berührt. Was aber tut die Deutschnationale Volkspartei in Dresden? Der Erweiterte Vorstand der Deutschnationalen Volkspartei in Dresden fanote am 10. Dezember folgendes Telegramm an Eugen Berg:

Die Ortsgruppe Dresden der Deutschnationalen Volkspartei spricht dem Abgeordneten Eugen Berg ihren Dank aus für sein Auftreten in der Nationalversammlung und für die Brandmarkung der Handlungsweise des Reichsministers Erzberger. Nicht die Anschuldigungen des Abgeordneten Eugen Berg, die auch durch die unerschöpflich Erzbergerischen Unterstellungen nicht verbunfelt werden können, verletzen das Nationalgefühl des deutschen Volkes auf das Schwerste, sondern das Treiben des Reichsministers Erzberger. Die Ausführungen des Abgeordneten Eugen Berg haben vielmehr nur einen kleinen Teil der Empfindungen des Volkes und der Empörung wieder, von denen das deutsche Volk in weiten Kreisen, über alle Parteizugehörigkeit hinaus, gegen die Erzbergerischen Mafsenschaften erfüllt ist und die es schon längst in der Nationalversammlung zum Ausbruch gebracht zu sehen wünschte. geg. Sanitätsrat Dr. O. Kretschmar.

Die Deutschnationalen können auf diese Leistung ihrer Führer in Dresden, die wir hiermit niedriger hängen, wirklich stolz sein! Selbst der Herr Erzberger gewiß nicht freundlich gesinnte „Dresdener Anzeiger“ (Nr. 564) erklärt zwar sehr milde, aber doch immerhin deutlich genug, „daß die Form der Kundgebung der Ortsgruppe Dresden der Deutschnationalen Volkspartei dem sachlichen Zwecke nicht recht dienlich ist, eine Reform der Erzbergerischen Steuerpolitik auf dem kürzesten Wege zu erreichen“. Und angesichts dieser Dinge nimmt sich das Aussehen der „Kreuzzeitung“ noch viel reizvoller aus, als es auch sonst schon ist.

Im übrigen haben wir den Eindruck, daß es den Rechtsparteien oder wenigstens einer Reihe ihrer Anhänger bei ihrer glänzenden Isolierung doch nicht so ganz behaglich zumute ist. Das kam auch in einer schwach besuchten Versammlung der nationalliberalen Deutschen Volkspartei am Sonnabend in Dresden zum Ausdruck. Es wurden zwar recht große Worte gegen die Regierung gesprochen, aber einmal rang sich der Redner, Syndikus Dr. Schneider aus Berlin, doch zu dem Bekenntnis durch, daß auch die Deutsche Volkspartei nicht abgeneigt wäre, mit Mehrheitssozialisten in einer Regierung zusammenzutreten. Sie will das allerdings erst nach den nächsten Wahlen und dieser Wunsch ist auch verständlich, da er nämlich vorher wohl kaum mehr durchzuführen sein wird. Wie sich dazu die Mehrheitssozialisten stellen, wissen wir nicht und interessiert uns im Augenblick auch wenig. Um so interessanter aber ist für uns die Feststellung, daß diese Erklärung nicht mehr und nicht weniger besagt, als daß heute und in nächster Zeit eben eine Regierung ohne Sozialisten nicht möglich ist, wenn wir einigermaßen ruhige Verhältnisse erhalten und behalten wollen. Sicher ohne es zu wollen, hat damit der Redner die Politik des Zentrums glänzend gerechtfertigt.

Die Weihnachtsstage sind eine Atempause nicht nur für die Parlamentarier, sondern für die Politik überhaupt. Wird sie für die Radikalen links und rechts auch die Erkenntnis für die hohe Bedeutung der Verantwortlichkeit in der Politik bringen? Wir wünschten, daß es so wäre, darauf hoffen dürfen wir leider nicht. hal.

Die tschechische Kirche am Vorabend eines Schismas?

(Von unserem eigenen Korrespondenten)

Prag, 19. Dezember 1919

Es schien, als ob es dem tatkräftigen neuen Oberhirten aus den Reihen des tschechischen Klerus, Prof. Kordac, der mit kluger und fester Hand seit Ende Oktober d. J. die am Boden schliefenden Hügel der kirchlichen Leitung aufgenommen und mit väterlicher Geduld der bedenklichen Wägung unter der tschechischen Geistlichkeit, die sich seit dem Umsturz zeigte, gegenüber zuwartete, gelingen sollte, die geschlossene Einheit eines um den Episkopat eng gescharten Klerus und des katholischen Volkes wiederherzustellen. Auch hatte es den Anschein, als ob die Hoffnungen der Kirchenfeinde auf ein heillosendes Schisma in der tschechisch-slowakischen Republik zunichte würden. Diese An-

nahme war um so begründeter, als der Vorsteher des tschechischen Klerusverbandes (Jednota), Dekan Kroiher, mit einer Verbandsabordnung bei der Beglückwünschung des neuen Erzbischofs das Versprechen abgegeben hatte, der Klerusverband würde alle Reformwünsche dem Episkopat zur Beratung und Weiterleitung an den heiligen Stuhl unterbreiten, dessen endgültiger Entscheidung der Klerus sich unbedingt unterwerfen würde.

Diese Zusicherung mag in jenem Augenblick ernst und aufrichtig gemeint gewesen sein. Welcher Wert ihr jedoch tatsächlich innewohnte, konnte niemanden zweifelhaft sein, der dabei den führenden Einfluß der „Dhniško“ (Feueresse), des linken Flügels, in der Jednota in Rechnung stellte. Nach den Tendenzberichten, welche die im Sommer nach Rom entsandte Klerusabordnung über ihre „Erfolge“ zu verbreiten gewußt hatte, glaubten die Reformer sich rosafarbener Erwartungen über Abänderung des Jubilatsgesetzes zugunsten des Tschekenklerus und Gestaltung der Landesprache bei der hl. Messe hingeben zu dürfen. Daher zunächst eine gewisse Zurückhaltung. Als sie aber mit Verwirklichung ihrer Träume nicht mehr rechnen konnten, setzte sofort wieder die wütteste Agitation und Quertreiberei gegen die kirchliche Autorität und den heiligen Stuhl in dem Reformorgan „Pravo Narod“ und in der tschechischen Presse vom Schlage der freidenkerischen „Morodni Listy“ und der „Morodni Politika“ ein.

Unter der Begründung, Rom wolle absichtlich und aus Eigenfinn die tschechische Sprache beim Gottesdienst nicht zulassen, wurde von führenden Männern der Reformer, wie dem Bilsener Katecheten Professor Jarky und dem Schriftsteller Pfarrer Baor in genannten Mänteln der Schladkruf erhoben: „Wir müssen uns entfö-mern (!), wie wir uns entösterreicher haben.“

Den Höhepunkt aber erreichte dieses unkirchliche Treiben in einer siebenseitigen Sonderbeilage, die „als Manuskript gedruckt“, zur Dezembernummer des Verbandsorgans „Jednota“ erschienen ist. Allgemein wurde es warm begrüßt, als der böhmisch-mährische Episkopat sich auf seiner Augustkonferenz entschlöß, je einen gemeinsamen Hirtenbrief an den Klerus und an die Gläubigen zu erlassen. In dem Hirtenbriefen an die Geistlichkeit wurde die Frage gestellt: „Wodurch soll die entchristlichte Welt der Kirche wiedergewonnen werden?“ und dahin beantwortet: „Ihr werdet sagen, durch Erneuerung der christlichen Gesinnung und des christlichen Lebens des Volkes. Und wir setzen hinzu: Die Vorbedingung dieses religiösen Aufschwunges ist die Regeneration des Klerus.“ Soll väterlicher Liebe wurden die Bedingungen hierzu im Hinblick auf die unter dem Tschekenklerus herrschenden Sonderverhältnisse ausführlich dargelegt, und auch „ein Wort über Reformen“ gesprochen. Besonders einnehmend fand die von dem linken Flügel der Jednota nachdrücklich geforderte „Reform des Jubilatsgesetzes“ Behandlung.

Solches war aber keineswegs nach dem Gehmaß des tschechischen „Reformklerus“. Und so wagte nicht etwa die „Dhniško“, sondern der Ausschuß des tschechisch-slowakischen katholischen Klerusverbandes das in der katholischen Kirche unerhörte und entschlöß sich in erwähneter Beilage zu einer überbeleblichen Kritik der schwerlichsten Neußerung des bischöflichen Lehramtes, des gemeinsamen Hirtenbriefes. Dieses gegen das väterliche Hirtenwort des Episkopates gerichtete Wagnis ist ein anmaßendes Gemisch von widerlichem Größenwahn und pharisäischer Scheinheiligkeit, ein raffiniertes Gebäu von hohlen Phrasen und allen möglichen der Kirchenfeindschaft anlehnten Anklagen.

„Schöne Worte, wert der Geschichte von heute.“ Worte zum Jahrestag der Selbständigkeit der Republik hätten die Reformer gern aus dem Hirtenbriefe vernommen, nicht Erinnerung an ihre Pflichten. Sie glauben auch die Trennung von Kirche und Staat im Gegensatz zum Episkopat begrüßen zu dürfen. Was aber hierfür an Gründen vorgebracht wird, schwankt zwischen einer ungläublichen Oberflächlichkeit der Bewertung dieses weittragenden Problems und einer jämmerlichen Handlangerarbeit für die kulturkämpferische Regierung. Es würde zu weit führen, wollte man alle Neußerungen einer philo-antiken, unkirchlichen Geminnung, wie sie das reformerische Schrifttum atmet, beschreiben. Inmal die 21 Gründe, die gegen das Jubilatsgesetz geltend gemacht werden, darunter nicht Anpruch auf Vereinfachungen machen können, nur eine raffinierte Zusammenstellung der Einwände von Jubilatsgegnern aller Reiten präsentieren. Aber auf zwei Gesichtspunkte sei hingewiesen, die gar manches zu erklären vermögen, was sonst in der Bewegung unerklärlich erscheint. „Wir verlangen“, heißt es, „die Möglichkeit, das Brevier für uns ganz ver-